Lohndumping

Reden wir mal über Wirtschaft

Sie ist der steinerne Gast, der am Tisch sitzt und über den man nicht spricht: die Ökonomie. Sicher, über den Franken wird geredet und über die Banken. Aber über das, was sich im Alltag, an und mit vielen vollzieht, wird geschwiegen.

Von Stefan Howald

Die Gewerkschaftszeitung «work» hat in ihrer neusten Ausgabe die Zustände im Baugewerbe geschildert. Die grossen Bauunternehmen agieren zunehmend nur noch als Generalunternehmer und lagern die Bauarbeiten aus, an Subkontraktoren, die sie wiederum an Subkontraktoren weitergeben. Am Ende der Fresskette stehen bei den so genannten Unterakkordanten die LeiharbeiterInnen und verdienen noch ein paar Franken oder Euro pro Stunde. Solche Zustände und solches Lohndumping gibt es auch in anderen Bereichen, etwa im Gesundheitswesen. Deutsche und osteuropäische Pflegerinnen werden in die Schweiz gekarrt, für zeitlich begrenzte, aber intensive Einsätze, mit denen Sozialabgaben umgangen werden können.

Und die öffentliche Hand macht mit bei der Prekarisierung, etwa die Stadt Bern beim Bau einer neuen Kehrichtverbrennungsanlage. Oder die Basler Verkehrsbetriebe bei der Wagenreinigung. Oder die Krankenkassen, die beim Kantonsspital Zug einen Lohnabbau durchsetzen wollen. Oder die Post bei ihrem Rationalisierungsprojekt Distrinova.

Gewerkschaftspräsident Paul Rechsteiner hat schon im Sommer darauf hingewiesen, dass Lohndumping heute vor allem via Temporärarbeit betrieben wird. 41 Prozent der vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) kontrollierten Temporärfirmen haben die Mindestlöhne in den Gesamtarbeitsverträgen nicht eingehalten. Das System der GAV wird damit langsam unterlaufen.

Gewerkschaftsarbeit bleibt also nötig. Die Mindestlohninitiative des Gewerkschaftsbunds bietet dafür einen handfesten Ansatzpunkt. Denn die Löhne und Boni oben beschneiden ist schön und gut; die Löhne unten anheben ist noch besser.

Viel hat sich in der Schweizer Wirtschaftselite ja nicht geändert. Oswald Grübel ist als UBS-Chef abgetreten, und an seine Stelle ist ein neuer Chef gerückt, der die Investmentbanksparte kaum zurückfahren will und beim Amtsantritt vergisst, seine Verwaltungsmandate in Panama offenzulegen.

Und wir werden weiterhin mit Geschwafel zugedeckt. Am FDP-Parteitag hat Fulvio Pelli versucht, seine Partei erneut als Partei der Wirtschaft zu positionieren. Dieser Freisinn, der seinen intellektuellen Ausverkauf jetzt auch im Dilettantismus seiner Werbung dokumentiert, empfiehlt in der gegenwärtigen Krise einen «Generalangriff auf staatlich beeinflussbare Produktionskosten der Unternehmen» also: Bürokratie-Stopp, Steuersenkungen und mehr Freihandelsabkommen. Auch das Feindbild ist das alte geblieben: «Im Inland wird die radikalisierte Linke gefährlich … Sie schürft eine Neiddebatte», heisst es in einem FDP-Faktenblatt zu den Wahlen, und der sprachliche Lapsus entspricht dem Niveau des Denkens. Die CVP redet von «sozialer Marktwirtschaft» und tut nichts dafür. Die SVP schweigt beredt zur Wirtschaft, oder dann behauptet sie weiterhin den Mythos, dass sie nur von Schweizern gemacht werde, während ihre Bauunternehmer eifrig beim Lohndumping mittun. Und der Zürcher Gewerbeverband, dessen KMU-Mitglieder vom Lohndumping der Grossunternehmen existenziell betroffen sind, redet vom «schlanken Staat als Mass der Dinge» und empfiehlt zur Wahl nach Bern den «rechten FDP-Flügel sowie pragmatische SVPler» – worunter auch ein Ulrich Schlüer und ein Ständeratskandidat Christoph Blocher gezählt werden.

Was sich auf bürgerlicher Seite als Wirtschaftsexperten geriert, hat nur das überkommene Mantra anzubieten: Lohn- und Sozialabbau, Steuersenkungen, weniger Staat. Die Wirtschaftskrise ist auch eine Krise der Form, wie man über die Wirtschaft, wie man über den steinernen Gast spricht.

Eine der Fragen, die sich vor dem Ausfüllen der Wahlzettel am 23. Oktober stellen, lautet: Wer sind die tatsächlichen WirtschaftsexpertInnen? Wohl doch die, die auch in den Niederungen kämpfen: um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen, um zukunftsgerichtete Investitionsprogramme und gleiche Chancen für alle.

Dieser Artikel erschien in der WOZ – Die Wochenzeitung Nr. 40/11 vom 6. Oktober 2011.